

Anzeigenpreise: Die 4gespaltene Millimeterzelle oder deren Raum 175.— Markt, Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Markt. — Kleinanzeigen: Die Millimeterzelle 4gespalten oder deren Raum im Text 600.— Markt.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Austräger 1600.— Mf. pro Woche, Durch die Post Einzelnummer 309 Mf. 6500.— Mf. pro Monat und die Schrift des Differenzbeitrages für Monat Juli.— Redaktion und Expedition Breslau, Kreuzbergstr. 50 Postfachkonto: Breslau Nr. 810 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 146.

Dienstag, den 26. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Faschistische Mordbanden am Werk!

Neue faschistische Proklamationen und Morde.

Das Polizei-Präsidium Berlin teilt mit, daß die Berliner politische Polizei zusammen mit der Mecklenburgischen Polizei einen Mord der Hochadlerleute aufgedeckt hat. Dazu erzählt der „Vorwärts“ Einzelheiten, denen wir entnehmen: Der Mord wurde begangen durch die in Mecklenburg nicht aufgelöste deutsch-völkische Freiheitspartei zusammen mit dem sogenannten Verein für „Landwirtschaftliche Berufsausbildung“, in Wirklichkeit einer Hochadler-Organisation. Ermordet wurde in gerader bestialischer Weise nach stundenlangen Folterungen ein ehemaliger Offizier, der der Spitzkeile verdächtig wurde.

Die Polizei teilt mit, daß die Täter verhaftet seien. Die Täter sind bekannt. Einige sind auch verhaftet. Die Missetäter jedoch, die den Mord vorbereitet und systematisch organisiert haben, der Vorsitzende der deutsch-völkischen Freiheitspartei in Lachin Rasomni und Herr von Hartz sind nach ihrer Vernehmung wieder frei gelassen worden.

München, 26. Juni.

Die Ermordung des Studenten Baur, der zu Beginn dieses Jahres der Sekretär des berüchtigten Dr. Ruge war, ist nunmehr aufgeklärt. Dr. Ruge ist ein Münchener Student, der im Auftrage der geheimen Feme gehandelt hat. Er verweigert jede Auskunft. Selbst amtliche bayrische Stellen erklären, daß es sich um einen politischen Mord handelt.

Stettin, 26. Juni.

Am Sonntag hielt der „Jugendbund“ in Stralsund einen Appell ab, an dem sich auch auswärtige „Jugendbund“-Abteilungen beteiligten. Als Arbeiter sich die Herrschaften etwas näher ansehen wollten, wurden sie mit Schüssen empfangen. Eine Reihe von Arbeitern wurde verwundet, einer ist tot.

Hamburg, 26. Juni.

Am Sonntag kam es in Hamburg zu Zusammenstößen zwischen den Stahlhelmläutern und Angehörigen der „Republik“, der sozialdemokratischen Schutzorganisation, bei denen zahlreiche Arbeiter verletzt wurden.

Faschistische Rüstungen

Aus Nordhausen wird berichtet: Nachdem Bismarckbund, Jungboorden, Eisenkreuz-Vereine usw. immer größer werdende Veranstaltungen mit Erfolg durchgeführt haben, geht man jetzt offen dazu über, zur Gründung eines Stahlhelmbundes in Nordhausen am 21. d. Mts. aufzurufen. Die Nordhäuser Arbeiterschaft muß es mit äußerster Energie verhindern, daß diese faschistischen Mordbünde auch hier gebildet werden. Gewerkschaftskartell und BGD sind von der SPD-Dritztgruppe Nordhausen, angefordert, in gemeinsamen Kampfe hierzu einzutreten.

Der Bericht aus dem benachbarten Hasselfelde von der Fahnenweihe des Stahlhelms am 17. d. Mts. hat uns den Beweis erbracht, was für tiefe Demonstrationen mit schwarz-weiß-roten Fahnen die Gegenrevolutionäre zustande bringen. Sind sie auch diesmal noch friedlich abgelaufen, so werden sie uns doch bald blutige Lehren zeigen, wenn die Arbeiterschaft gezwungen ist, wirtschaftliche Abwehrkämpfe gegen den immer drohender grüßenden Hungertod zu führen.

Sarum heißt es für die gesamte Arbeiterschaft: Heraus aus eurer Passivität und stellt euch in geschlossene Phalanx eurer Widerwehr durch die faschistische Brut entgegen.

Vom Landarbeiterstreik in Ostpreußen

Die Oultbesitzer im Kreise Heiligenbeil haben die Arbeiter, die Landarbeiterstreik verrichten wollten, vom Hofe gejagt, um dann vom Oberpräsidenten „Technische Nothilfe“ zu verlangen.

In Neukirch treffen täglich mehrere Truppen von Streikbrechern in Stärke von 20–40 Personen ein, geschmückt mit dem Abzeichen der modernen „Zivilisation“, dem Hakenkreuz, zu-

sammengesetzt aus Frauen, Ammonierer-Faschisten und Studenten. Als am Montag wieder ein solcher Trupp aus Insterburg eintraf, konnte festgestellt werden, daß die Streikbrecher vom Sekretär des Land- und Forstwirtschaftsverbandes einquartiert werden. In der Arbeitgeber-Zentrale befindet sich auch die Zentralstelle für die Verteilung der Streikbrecher auf die einzelnen Güter.

Die Streikleitung hat beschlossen, den verschärften Streik zu erklären. Bisher gelang es noch, jegliche Zusammenstöße zu vermeiden, obwohl die Schutzmannen der Junker sich äußerst herausfordernd benehmen. Die Oultleitung des BGD hat sich bisher nicht im Streikgebiet sehen lassen, ihr Kreisleiter Inesti. Der Studentenausschuß an der Königsberger Universität erläßt eine Art Proklamation, in

Bürgerliche Hebe gegen unsere Werbeweche

Die „Kreis-Zeitung“, dieses ausgeprochen faschistenorgan, das am Kopfe der Zeitung immer noch das Motto trägt: „Mit Gott für König und Vaterland“, heft in erbärmlichster Weise gegen die Werbeweche unserer Partei. Sie zitiert lange Abschnitte aus unserem Aufsatz über die Betriebszellenarbeit, worin wir auf die Notwendigkeit hinweisen, jeden Tag in der Werbeweche die Zeitung mit in den Betrieb zu nehmen und dort zur Agitation zu verwenden.

Diese Monarchisten wissen ganz genau, was eine gut durchgeführte Werbeweche für die kommunistische Partei und Presse bedeutet. Sie wissen, daß, wenn alle unsere Genossen in der Werbeweche ihre Pflicht erfüllen, Hunderttausende neuer Kämpfer unteren Heerzahn verstärken werden.

Die Monarchisten wissen ganz genau, wenn alle mit uns Sympathisierenden in die Kampffront eingegliedert sind, wenn das Proletariat in geschlossener Einheitsfront unter dem Banner der Dritten Internationale marschiert, dann hat die letzte Stunde des Kapitalismus geschlagen.

Man höre nur, wie das Reptil geistert und nach Polizeiattachen kreischt.

Diese Antwortung ist ein Dokument sozialistischer Verheugung und Gehässigkeit. Die bürgerlichen Arbeiter werden aufgefordert, den Redakteuren über Ständischen und Intimitäten aus ihrem Betriebe zu berichten; die Berichte sollen dann auf der ersten Seite erscheinen und von den Einsendern im Betriebe angeklebt werden. So vorbereitet, kann die Hebe gegen alle anderen Zeitungen und Parteien im Betriebe beginnen. Hoffentlich reichen die acht Stunden dafür aus.

Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft, die innerlich dem internationalen Schwindel schon längst feindlich gegenübersteht, in den Fabriken und Betrieben vor dem toten Terror geschützt wird. Will die Regierung wirklich zulassen, daß die Betriebe, die jetzt schon Summehöhe jüggeloser Parteitagitation sind, auch dem Fanatismus der russischen Umsturzpartei ausgeliefert werden?

Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland wird diesen Hebern die richtige Antwort geben. Sie werden diesen Monarchisten zeigen, was „internationaler Schwindel“ und „roter Terror“ heißt. Diese Herrschaften möchten gar zu gern die ganze kommunistische Bewegung in Grund und Boden vernichten.

Unsere Genossen werden durch unermüdete Arbeit zu zeigen haben, daß sie sich durch keine Drohungen von ihrer Parteilichkeit abbringen lassen. Die Hebe des Bürgerturns zeigt, daß wir auf dem rechten Wege sind. Es gilt, die Werbeweche zu verdoppeln.

ber er in einer etwas seltsamen Begriffsverwechslung darauf „aufmerksam macht“, daß die Studenten bei den Landarbeiterstreiks nicht Streikbrecherdienste leisten, sondern nur „Notstandsarbeiten“ verrichten. Erstens ist das eine bewusste Lüge, denn nach den uns zugegangenen Mitteilungen versucht dieses ehrlose Gesindel sich auch in ganz gewöhnlicher Streikbrecherarbeit. Zweitens aber bedeutet belamlich auf dem Lande die Leistung von Notstandsarbeiten an sich schon Niederknüpfung des Streiks. Solange der Landarbeiter nicht die Notstandsarbeiten verweigert, kann er bis zur Erschöpfung streiken, ohne etwas zu erreichen.

Der von den Arbeitgebern gegen die streikenden Kollegen ausgeübte Terror nimmt von Tag zu Tag zu. Die Arbeitgeber haben jetzt, da ihnen von Dillit zu ihrem „Schutze“ herbeigeholte Schupo offenbar nicht genügt, weitere Schupoabteilungen angefordert, und der „sozialdemokratische“ Landrat Kahl hat ihrem Verlangen prompt entsprochen. Es wird jetzt Schupo sogar aus Masuren erwartet. So werden die Landarbeiter in ihrem berechtigten Kampfe niederknüttelt werden, wenn nicht die Landarbeiter selbst die Schupo abwehrkampf erhebt und die Kräfte der Reaktion bindet!

Auch die Arbeitgeber haben sich zu Selbstschutzbänden zusammengeschlossen. Diese Selbstschutzbänder haben den ausgesprochenen Zweck, die kämpfenden Landarbeiter zu terrorisieren. Die Behörden sehen diesem Treiben nicht nur tatenlos zu, sondern mit ausgesprochenen Billigung zu, obwohl belamlich jegliche Selbstschutzbänder verboten sind. Die Arbeiterschaft ist fest entschlossen, den Arbeitgebern nun auch Arbeiter-Selbstschutzbänder gegenüberzustellen.

Die Landbündler gegen Landarbeiterstreiks

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 21. Juni leistet sich den Mist, eine Resolution abzugeben, in der die Landarbeiterstreiks als Störung des Wirtschaftsdienstes aufs schärfste verurteilt werden und worin die Landbündler erklären, sich des internationalen jüdischen Geistes des Klassenkampfes bewußt zu sein. Es wird darum aufgefordert im Landbünd, an der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes mitzuarbeiten. Wörtlich festgehalten zu werden verdient folgende Stelle:

„Die Streiks bilden aber auch eine Gefahr für die Volksernährung und dadurch eine Erschwerung für die Kämpfer am Rhein und Ruhr, wo unsere Volksgenossen im Kampfe um Deutschlands Freiheit und Unabhängigkeit stehen.“

Gefährdung der Volksernährung bedeutet Gefahr für die Unabhängigkeit Deutschlands. Nichts ist deshalb berechtigter, als wenn die Landarbeiter darum kämpfen, daß sie und ihre Frauen und Kinder nicht von den Oultbesitzern infolge der elenden Lüge am Hunger zugrunde gehen, in elenden, menschenwürdigen Höhlen verrecken. Die Festhaltung der Landbündler ist also eine schwere Anklage gegen sich selbst, weil sie durch die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Landarbeiter zum Kampf zwingen. Die Anklage wirkt aber noch schärfer, wenn wir daran erinnern, daß heute Tausende und Abertausende Jentner guten Brotgetreides auf den Gütern lagern und dem Verderben ausgeliefert sind, ja teilweise schon nicht mehr für die Ernährung gebraucht werden können. Die Ausbeutung der Arbeiter am Rhein und Ruhr durch die Oultbesitzer, das ist die Gefahr und der Dolchstoß in den Rücken der gegen den französischen Imperialismus kämpfenden Arbeiter.

Deutsche Finanzwirtschaft

Reine Spekulationskredite
Der vom Reichstag eingehende Ausschuss zur Prüfung der Kreditschlechte verhandelte am Freitag wieder einmal über die Ermäßigung von Krediten an die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes. Hierbei wurde auch die „Patriotisch-Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb“ beachtet mit der höchsten runden Summe von 4 Milliarden. Belamlich hat diese patriotische Firma vor kurzer Zeit den größten Teil ihrer Aktien in die Hände einer holländisch-englischen Interessentengruppe gespielt. Das ist, einfach und deutlich gesagt, eine Kapitalverschiebung nach dem Ausland größten Stils und eine Flucht vor der Möglichkeit, mit zu den Reparationslasten herangezogen zu werden.

Dem Ausschuss sind diese Tatsachen nicht unbekannt. Die Belohnung der Schiebung durch weitere 4 Milliarden-Kredite, die natürlich aus Reichs-, also Steuergeldern bezahlt werden müssen, wurde auf Grund der Vorgänge davon abhängig gemacht, daß der Vorstand der „Patriotisch-Aktien-Gesellschaft“ eine Erklärung abgibt, daß die Rechte der deutschen Aktionäre durch die Nebenrendung nicht geschmälert werden. Eine lächerliche Formalität, über die sich die „Patriotisch-Schieber“ mit der deutschen Großindustrie, eigenen Gewinnen, den Beschäftigten der tatsächlichen Verhältnisse vor den deutschen Behörden hinbegleichen werden.

Etwas Patriotisches über Stinnes

Die „Bollische Zeitung“ vom 21. Juni brachte folgendes Telegramm ihres Pariser Korrespondenten:

„Eine Wiener Meldung, nach der zwischen der Union Parisienne“ und der Niederösterreichischen Oulmpfgesellschaft ein Vertrag über gemeinsame Industrieunternehmungen in Oesterreich zustande gekommen ist, wird in hiesigen politisch interessierten Kreisen lebhaft besprochen. Man behauptet, es handle sich dabei in Wirklichkeit um ein Zusammenarbeiten von Stinnes und Schneider-Creuzot. Man fragt sich hier, was das deutsche Volk dazu sagen werde, daß Stinnes sich über gemeinsame Oulmpfgeschäfte mit der französischen Industrie verständigt, während die Stinnespresse in Deutschland den Haß gegen Frankreich predigt.“

Das ist nicht alles. Nach den neuesten Informationen hat die Alpine-Montangesellschaft, die Stinnes vor Jahresfrist erworben hat, nunmehr einen bedeutenden Anteil der in ihrem Besitz befindlichen Aktien der Rattowitzer Bergwerks-A.G. an diese letzte Oulmpfgesellschaft abgegeben; das bedeutet, daß die Franzosen durch Vermittlung des Patrioten Stinnes nun auch Einfluss in der oberstehlichen Schwerindustrie gewinnen.

Das ist selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus für einen deutschen Unternehmer ein Rätsel, das freilich schnell gelöst wird, wenn man bedenkt, daß Stinnes im Ausland über 300 Unternehmungen aller Art besitzt, so daß er — und das wurde ganz offen auch schon von bürgerlichen Zeitungen ausgeprochen — überhaupt nicht mehr als Vertreter deutscher Wirtschaftsinteressen auftritt, sondern praktisch seine internationalen vertritt, die sich naturgemäß auch gelegentlich gegen Deutschland richten.

Ist Stinnes ein Landesverräter? Ist das Parlament, in dem Stinnes als deutschvölkischer Abgeordneter sitzt, noch ein ehrliches Parlament? Ist die Oulmpf-Regierung, die diesen Mann zu den höchsten Beratungen über deutsche Wirtschaftstragen heranzieht, noch eine vaterländische Regierung? Und ein letztes Frage, die auch nicht schwer für den denkenden Arbeiter zu beantworten ist: Wie soll man die Sozialdemokraten bezeichnen, deren höchstes Trachten darauf hinausgeht, mit der Partei dieses Mannes in eine Koalition zu kommen?

Die kapitalistische Steuerpraxis
Im Steuerauschuß des Reichstages begann am Freitag die Beratung über die Erhöhung der Steuer. Die Frage war: Wievielmals sollen die Verbrauchssteuern erhöht werden und wievielmals die Steuern auf den Besitz, den Umlauf und die Kapitalerträge? Der Oulmpfminister Hermes antwortete, wie es sich für einen deutschen bürgerlichen Minister gehört, daß die Besitzsteuern noch nicht soweit sind. Die Verbrauchssteuern müssten unabhängig davon sofort bis an die Grenze des Möglichen erhöht werden.

Und so geschah es. Die Erhöhung der Verbrauchssteuer um ein Vielfaches wurde beschlossen und die Erhöhung der Besitzsteuern verlagert.

Kommunisten überfällig!
Die Arbeiterklasse muß aus diesen Zuständen erwachen. Sie bewußt hat, daß jede Regierung, die sich auf die deutschen Kapitalisten stützt, von vornherein verurteilt ist, ohnmächtig dem Ausverkauf und der Ausbeutung Deutschlands zuzusehen. Auch eine Koalitionsregierung, in der Sozialdemokraten sitzen, kann daran nichts ändern. Für die Arbeiterschaft bleibt nur ein Kampf für die

Arbeiterregierung!
Die allein, die nicht gebunden ist an kapitalistische Interessen deutscher und internationaler Unternehmer, kann so handeln, daß der völlige Zerfall der deutschen Wirtschaft durch einen allseitigen Streik durch den Willen der Arbeiterklasse zu den Massen der Staatshaushalts und der Reparationen und durch rigorose Unterbindung der wirtschaftlichen Beziehungen in Deutschland, die sie oben gekennzeichnet sind und die nichts anderes als die wirtschaftliche Asphyxie in Deutschland bedeuten.

Stiebe recht und eigene niemand!

Hugo Stinnes wird vor den Untersuchungsausschuss geladen, der die wichtige Frage prüft, warum der Dollar auf 30000 Mark herabsunken ist. Dieser Untersuchungsausschuss hat nämlich den Ereignissen etwas nach.

Hugo Stinnes sitzt schon wieder die Mark an hoher Stelle, deshalb kommt er nicht persönlich, sondern schickt seinen Generaldirektor und sein Stab. Diese beiden erzählen dem Untersuchungsausschuss allerhand interessante Dinge.

Wie magens doch, wie wir wollen sagt der Herr Generaldirektor, als man sich dem Vorwärts darüber macht, daß Stinnes keine Besinnung auf dem freien Markte hat und nicht auf dem „schwarzen Markt“ wegschleift.

Wie arbeiten alle 16 Stunden, erklärt der Herr nach und wenn alle so arbeiten würden, würde es um Deutschland besser aussehen. Waga sollen wir unsere Zeit hier verschwenden? Meinungslos ist sich ja Stinnes den Meinen vom Mund ab, er raucht nicht und er traut nicht, und wahrscheinlich wird er deshalb so reich, sagt der Generaldirektor höhnisch zu dem hohen Ausschuss und demnach dabei das Mitglied dieses Ausschusses Dejer, der in der „Frankfurter Zeitung“ ähnlich geistreiche Ausführungen dergestalt hat.

Die Deffektivität muß ausgeschlossen werden.

So fordern die Sozialdemokraten, denn wenn man über Stinnesgeschäfte redet, darf kein Mensch wissen, was eigentlich vorgeht.

Was in der Deffektivität behandelt wird, genau aber auch.

Was vor einem Tribunal, dem es erst ist mit der Bekämpfung des Mubers, Herrn Stinnes an den Hals zu bringen. Sogar der Bundespräsident erklärt, daß es klar ist, daß die Kräfte in die Höhe getrieben werden, wenn Stinnes bei einzelnen Bankiers Auftrag zum Verkauf gibt, wobei die Bankiers natürlich auch noch für sich Dollars kaufen, weil sie glauben, wenn Stinnes kauft, so steigt der Kurs.

Das Bankgeschäft ist doch ein Hundsbau, es gilt nur für die Dummen, sagt der Bundespräsident. Man muß wissen, was es ist, daß die Leute wissen, daß die Nachfrage nach einem für unsere Verhältnisse ungeheuren Betrag nicht bekannt würde, stellt dieser Herr fest.

Fort mit dem Bankgeschäft! muß daher die Marke des Proletariats werden. Fort mit den Privatbanken, fort mit der Mitgliedschaft der großzügigen Schiebung!

Reichsanleihe und Zentralisierung der Banken.
das ist die Sehne des Stinnes-Schwindels, und diese Wafenschnur kann erst dann durchgeführt werden, wenn die Arbeiter die Macht haben und nicht die Schieber, die den Stinnes selbst im logenannten Untersuchungsausschuss bedecken.

Wer tritt für die Arbeitslosen ein?

Täglich vergrößert sich die Zahl der Arbeitslosen.

Täglich verringert sich der Arbeitslosen Spielraum.

Ihre Bezüge bleiben hinter den Preissteigerungen noch weiter zurück, als die viel zu langsam steigenden Löhne und Gehälter.

Der RPD hat die Arbeitslosen vollständig hierzu schuldig überlassen.

Die SPD unternehmen nichts, um den Arbeitslosen ausreichende Unterstützung zu sichern. Streikhafte Anstrengungen nach dieser Richtung machte nur die RPD.

Die Reichsanleihe der RPD.
Heutzutage im Reichstage die Berücksichtigung eines Fonds von 500 Milliarden Mark, der jeweils entsprechend der Geldwertung aufgefällt werden soll. Aus diesem Fonds sollen den Gemeinden für notwendige Arbeiten, die zu Zufriedenheit auszuführen sind, Mittel zur Erhebung der Arbeitslosigkeit gegeben werden. Dieser Antrag wurde infolge schwacher Beteiligung der rechten Seite im Reichstag angenommen. Die Gemeinden müssen jetzt entsprechende Forderungen an das Reich stellen.

21. SPD-Bundestagung in Essen.
Beauftragte für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung 2500000000 Mark zu bewilligen. Es mußte der Widerstand der SPD gegen den Antrag gebrochen werden, dann wurde der Forderung der RPD zugestimmt.

21. Bundestagung der SPD. Statt eines haben fast überall in den Gemeinden in Anbetracht der Beschaffung von Notstandsarbeiten, ausreichende Unterstützung für Arbeitslose und deren Familien gebietet und bei jeder Gelegenheit erneut vertreten.

Auf Veranlassung der RPD.
haben Kontrollausfälle oder sonst e. von der Partei beeinflusste Vertretungen des Proletariats die Forderungen der Arbeitslosen den Gemeinderäten unterbreitet. Sie durch Deputationen und Demonstrationen nachdrücklich unterstützt.

Die RPD als Partei
fordert seit langem von den Gewerkschaften die Aufnahme der Forderungen der Arbeitslosen in das Programm der Gewerkschaften. Der Kampf gegen Entlassungen soll den ersten Platz einnehmen. Wo sich Entlassungen nicht verhindern lassen, sollen Unterstützungen in Höhe der Lohnsine gezahlt werden.

Die Partei verpflichtet jede ihrer Organisations- und jedes einzelne Parteimitglied, in dem gleichen Sinne zu wirken.
Überall stimmt sich die kommunistische Partei Deutschlands
der Arbeitlosen an. Vor allem fordert sie aber auch die Arbeitslosen auf, durch Anknüpfung an die Partei und durch organisatorische Verbindung die Voraussetzung nicht nur für die Durchsetzung der konkreten Forderungen, sondern vor allem auch für die politische Gestaltung der Dinge in Deutschland mitmachen zu lassen.

Alle Arbeiter der Betriebe demonstrieren mit den Arbeitslosen gegen Wucher und Teuerung Mittwoch, den 27. Juni 1923 nachm. 1/2 Uhr, auf dem Schloßplatz Auf zur Solidarität!

Was kannst Du kaufen?

Für den Arbeiter sind Theorien aus Parolen sätigen ihn auch nicht. Ob der Vorwärts über wertständige Löhne schwafelt oder „volkswirtschaftlich“ hantiert, das ist dem hungernden Proleten gleichgültig. Für ihn ist die Frage entscheidend: Was, wieviel kann ich für meinen Lohn kaufen? Galt man das Ding von dieser Seite an, kann ich die Lohnfrage klar gestellt. Und die klare Antwort auf die Frage lautet: Löhne müssen erreicht werden, die der Kaufkraft der im Frieden bezahlten Löhne entsprechen.

Dah von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, die jetzigen Löhne viel zu niedrig sind, auch dann noch, wenn der Stundenlohn 10 000 Mark betrüge, dafür einige Beispiele:

Man unterstellen für 1914 einen Stundenlohn von 70 Pf. und für jetzt einen Stundenlohn von 6000 Mk. Berücksichtigt man dazu die jetzigen Preise, so ergibt sich folgendes Bild: Man konnte 1914 für 1 Stundenlohn kaufen: 1/2 Pf. Butter oder 1/2 Pf. Kaffee oder 10 Stück Eier oder 1 Pf. Margarine. Man kann jetzt für 1 Stundenlohn kaufen: 1/2 Pf. Butter oder 1/2 Pf. Kaffee oder 4 Eier oder 1 Pf. Margarine. So wandert das Agrarkapital. Das auch die Schwerindustrie das Geschäft verstehen, ergibt sich aus der Tatsache, daß früher der Lohn für 140 Stunden gleich war dem Preise einer Tonne Stabeisen, jetzt aber die Leistung von fast 600 Stunden erforderlich ist, um den Preis einer Tonne Stabeisen zahlen zu können.

Wir sind Millionäre alleamt!

Was für prächtige Löhne und Gehälter bekommen wir jetzt alleamt! Jeder von uns ist jetzt ein Millionär, mancher ein vielfacher, bloß mit den Steuereinstößen hebert, der Polenboden ist durchgewaschen und auf dem Tisch stehen nach wie vor nur Bestattungskosten. Eine Million — sechs Millionen hängen dran — das war das Gehalt aller Augen Leute, wenn sie von Russland sprachen. In Russland rechnet man bereits seit einem Jahre wieder mit Rubeln und es kostet: Ein Mittagessen im Speisehaus einer Kooperative 6 bis 8 Rubel, ein Dinner im feinsten Restaurant 20 Rubel, ein Weißbrot 2 Rubel und 1 Pfund Butter, und zwar Sahnebutter, 14 bis 16 Rubel. Ein Pfund Butter kostet 20 bis 30 Rubel. Der Arbeiter kennt keine Margarine — dafür aber lebt er auch in Russland. Wir sind Millionäre alleamt und haben nichts zu freffen.

Berhandlungen über den Judenlohn

Becht, 26. Juni.
Am gestrigen Montag verhandelte die Epigenengewerkschaften mit dem Reichsminister über die Frage der Judenlöhne. Die Notwendigkeit der Verbesserung der heutigen amtlichen Judenlöhne wurde anerkannt. Es wurde eine Unteranschlag gebildet, der die Vorkläge prüfen soll. Zu dieser Anpassung der Löhne an die Steigerung der Lebenshaltungskosten die die Gewerkschaften fordern, hat sich das Reichsarbeitsministerium noch nicht bestimmend ausgesprochen. Es wird erst die Unternehmer anhören. Nächste Woche sollen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften weiter gehen.

8500 Mark Stundenlohn gefordert

Die Mütter weihen: Sie haben Arbeiter im Kiel haben die Arbeit niedergelegt. Sie fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5100 auf 8500 Mark. Verhandlungen sind eingeleitet.

Demnach würden die Kiefer Hafenarbeiter in Kampf für etwa zwei Drittel des Friedens-Reallöhnes aufgenommen haben. Ihre Forderung bleibt noch hinter den tatsächlichen Bedarf zurück.

Regierungsgelder zur Streifbrecherzucht

Ein Schaundokument der Arbeitsgemeinschaftler

Wir erhalten Kenntnis von folgendem Rundschreiben:
Arbeitgeberverband für den Bezirk der nord-westlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, No. 3.

Düsseldorf, 14. Juni 23.
Rundschreiben Nr. 22/23.
An unsere Mitglieder!

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Streiklage des jüngsten Kommunistspusses zu bezahle. Diese Bezahlung soll durch Vermittlung der Gewerkschaften an die Arbeiter erfolgen, die gegen ihren Willen am Streik teilgenommen haben. Als bekannt wurde, daß das Reich bei dem diesmaligen Kommunistspuss einnen grundsätzlichen anderen Standpunkt einnehmen wolle als in früheren Fällen, wo eine Bezahlung mit Rücksicht auf die katastrophalen Folgen für die Staatsautorität strikte abgelehnt worden war, haben am 4. und 5. Juni Vertreter der Eisenindustrie und des Bergbaues unterstehende Entschlebung des Reichs- und Staatskommunikar, Herrn Mohl, in Dortmund, zugestellt und von dieser Entschlebung gleichzeitig dem Reichsarbeitsminister, Herrn Brauns, dem Reichswirtschaftsminister, Herrn Dr. Becker, und dem Reichsfinanzminister, Herrn Dr. Vermes Kenntnis gegeben.

Gemäß diesem Beschluß sind unsere Werte gehalten, bei der Auszahlung der Gelder oder Vorbereitung hierzu, keinerlei Hilfe zu gewähren. Ebenso ist eine verlangte Bezeichnung darüber, ob und aus welchem Grunde ein Arbeiter gestreikt hat, abzulehnen.
Der Arbeitgeberverband hat an seine Mitglieder die gleiche Aufforderung gerichtet.

Entschlebung.
Die heute versammelten Vertreter des Bergbaues und der Eisenindustrie haben sich mit den Richtlinien über die Auszahlung der Arbeitsverhinderung-Entschädigung eingehend befaßt. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Bezahlung von Streiktagen, um die es sich ja hier trotz des oben erwähnten Namens handelt, unzulässig und schädlich ist. Wir erheben aber weiter Einspruch gegen das ganze in den Richtlinien gekennzeichnete Vorhaben. Das Geld, das an die streikenden Arbeiter ausgezahlt werden soll, stammt aus Reichsmitteln. Wir halten es für falsch und unterbreitbar, daß die Verfügungsgewalt über dieses Geld den drei aufgezählten Gewerkschaften, also immerhin im Rahmen des Ganzen betrachtet, Einzelinteressen, eingeräumt wird. Nach unserem Empfinden dürfte der Plan sich mit den in der Verfassung niedergelegten Grundfähnen nicht vereinbaren lassen.

Die Marceller Behörden wollen die angesperrten Metallarbeiter aushungern

In Marzelle sind durch Unternehmerbrutalität 8000 Metallarbeiter auf's Pfaster geworfen worden, weil sie sich gegen einen beschleunigten Lohnabbau zur Wehr setzten. Der Stadtrat hat sofort zur Unterstützung der Großindustriellen angeordnet, den Auszertenten keine Unterstützung auszusprechen. Auf eine eingelegte Beschwerde beim Arbeitsminister ist der Beschluß des Präfecten bestätigt worden.

Klarer kann dem Arbeiter nicht begreiflich gemacht werden, daß sämtliche bürgerlichen Behörden die Billigkeit eines brutalen Unternehmerterrors unterstützen. Aber dieses System der Aushungern, um die Arbeiter gefügig zu machen dürfte den französischen Behörden kaum gelingen.

Russische Gewerkschaften für freilebende Spanier

270 Millionen Mark!
Der allrussische Gewerkschaftsverband hat als Zeichen der Solidarität mit den in Barcelona streikenden 100 000 spanischen Arbeitern für ihr Streikkomitee 15 000 Betelen gestiftet (gleich nach dem Tageskurs 270 Millionen Mark).

Sowjetrußlands Votlott gegen die Schweiz

Angesichts der äußerst feindlichen Haltung die die Schweizer Regierung Sowjetrußland gegenüber eingenommen hat, indem sie die Bewilligung für die Ernennung von russischen Bevollmächtigten, beschloß der Rat der Volkskommissare, den Sowjetrußland gegen die Schweiz zu verhängen. Der Votlott aufert sich in folgenden Maßnahmen: 1. Bewilligung von Einreiseerlaubnissen in die Sowjetrepublik für die Schweizer Bürger mit Ausnahme der Beständigen; 2. Bewilligung an das Volkswirtschaftliche Aufseheramt, keine Handelsbeziehungen mit den Vertretern russischer Handelsfirmen aus der Schweiz, Abbruch aller geschäftlichen Beziehungen der russischen Firmen mit den Schweizerbürgern; 4. Weigerung, mit Schweizer Bürgern oder Firmen über Konzessionen zu verhandeln.

Als der Ruhrstreik tobte, ließen die Arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführer die Arbeiter eine Erklärung unterschreiben, daß sie nur gegewungen am Streik teilgenommen hätten. Dafür wurden ihnen für jeden Streiktag 10 000 Mark versprochen.

Jetzt stellt sich durch dieses Schreiben heraus, daß sie das Geld, mit dem sie die Streikfront der Ruhrarbeiter noch nachträglich ausbehalten wollten, von der Regierung Sum bekommen haben. Jetzt versteht man, warum die Herren Arbeiterführer sich über die Herkunft dieses Geldes so beharrlich ausschweigen. Jetzt sieht man die Seite der kämpfenden Arbeitererschaft gestellt, so wäre es ihr gelungen, die Bezahlung der Streiktage durch die Unternehmer zu erkämpfen. Sie haben sich aber mit den schändlichsten Mitteln dem Streik entgegen gestellt und erschießen sich nachträglich Geld des Geld von der Regierung, um für die kommenden Lohnkämpfe Streifbrecher zu züchten.

Die Arbeiter sollten ebendeshalb von den Unternehmern eine Bescheinigung beibringen, daß die von ihnen erprehten Angaben auf Wahrheit beruhen. Die Unternehmer haben aber den Arbeitsgemeinschaftlern einen Streich gespielt. Sie lehren, wie aus dem Rundschreiben hervorgeht, die ihnen zugeordnete Mitwirkung an der „Aktion“ der Arbeitsgemeinschaftler ab, die entrichten sich darüber, daß die Gewerkschaftsführer aus der Reichskasse Geld bekommen, und sei es auch, um Streifbrecher zu züchten. Die Reichskasse ist dazu da, um von ihnen und nur von ihnen ausgeplündert zu werden. Sie fürchten sich die Staatsautorität, wenn man durch die Auszahlung solcher Gelder den Anschein erweckt, als erkenne man den „wilden Streik“, den „Kommunistenspuss“ doch an. Sie kennen noch andere Methoden, mit denen man Streiks abwürgen kann. Wozu Schmeitzelgelber — es gibt Maschinenwege!

Die sozialdemokratischen Zeitungen haben sich gebüht, die schändlichen Richtlinien der mit ihnen verbrüdeten Arbeitsgemeinschaftler über die „Arbeitsverhinderungs-Entschädigung“ überhaupt abdrucken. Durch das Bekanntwerden des Unternehmer-Rundschreibens wird das Bild ihrer jämmerlichen Verrätereit vervollständigt und ihrer Blamage die Krone aufgesetzt. Sie haben das Judasgeld von der Regierung Sum erhalten — zu deren Kennzeichnung den sozialdemokratischen Führern vor wenigen Wochen, als es sie selbst nach den Regierungsfeststellungen, kein Wort scharf genug war —, und die Unternehmer, in deren Interesse sie es erschließen haben, verlegten ihnen den verdienten Zutritt.

Der deutsch-russische Vertrag im Reichstag

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Sowjet-Republiken der Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbeidshan, Armenien und der Republik des fernen Ostens zugegangen, der den Rapallo-Vertrag auch im Verhältnis zu diesen Staaten in Anwendung bringt. Durch den Vertrag erhalten alle genannten Sowjet-Republiken das Recht, staatliche Handelsstellen in Deutschland einzurichten. Die beiderseitigen Vertretungen verpflichten sich, jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die staatlichen Einrichtungen des Aufenthaltsstaates zu enthalten. Der Vertrag ist mit einer Frist von drei Monaten kündbar.

Bewaffnete Sozialistenparade

Unter dem Deckmantel eines Gauschühfestes veranstaltete der Bürgermob in Preußisch Eylau, Ostpreußen, eine falsche Heerchau. Tüchlich wie in Bayern zog der Mob bewaffnet durch die Straßen. Daran eine Reichsmehrpartei-Millionen und abermalige Millionen hatten die Drohnen der menschlichen Gesellschaft aus ihrem Ausbeuterkoloss hervorgeholt, um öffentlich ihren Volksvetrat und ihr Können zu beweisen. hatten die Junfer tausende junger Tannenbäume und riesige Mengen ähnlicher Gewächse geliefert und die Häuser selbst waren wie nach einem Siege Wilhelm des Lehen mit schwarz-weiß-roten Bannern besetzt. Geleitet von der Anblid der vollgepresenen seitigen Weissen.
Drei Tage lang währte dieser Trubel. Und diese Protokollationen der Arbeitererschaft werden von den Behörden gebuldet und unterstützt. In einer Zeit, wo Millionen deutscher Arbeiter nicht das trübselige Brot zum Leben haben, wagt es diese Gesellschaft, drei Tage lang wüste Feste und Gausorgien zu feiern. Wie lange noch?

Sipo erschießt Landarbeiter

In Rothföhren bei Breslau wurde bei einem Zusammenstoß zwischen streikenden Landarbeitern und der Sipo, die die Streifbrecher beschützte, ein Landarbeiter erschossen.

Sitzung der Erweiterten Exekutive

Wien, 14. Juni 1928.
 Obgleich dies der dritte Verhandlungstag über denselben Punkt der Tagesordnung (Bericht der Exekutive) ist, so ist die Debatte nicht nur abgelaufen, sondern hat eine bedeutende Steigerung erfahren. Dies hat seine Ursache sowohl darin, daß durch das Für und Wider Arbeit geschaffen wurde, wie vor allem darin, daß die angeschnittenen Fragen selbst neue Gesichtspunkte aufwarfen und sich in ihrer ganzen Verwickelungsmöglichkeit darstellten. Dies gilt besonders von der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung. Daß diese Parole nicht am grünen Tisch erdacht ist, sondern tatsächlich aus der Entwicklung des politischen Kampfes ergibt, zeigt die Tatsache, daß Gesellen aus verschiedenen Ländern — Bulgarien, Tschechoslowakei, Jugoslawien usw. — hervorhoben, daß sie schon die Forderung der Arbeiterregierung auf die Bauernmassen zu sprechen suchten.

Besonders bemerkenswert sind in der Debatte die Reden der Genossen Japotoch (Tschechoslowakei) und Kolarow (Bulgarien), die die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung zu konkretisieren suchten, im Sinne einer in der nächsten Zukunft zu bewirkenden Revolution mit den Kleingrundbesitzern. Bulgarien bietet das interessante Beispiel eines Agrarlandes mit einer überaus kommunistischen Partei. Der soeben ausgeführte Staatsstreich in Bulgarien macht die Frage aktuell, wie die Arbeiterklasse, unter Führung der Kommunisten, sich zu der Union der Bauern verhalten muß. Hier ist die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung nicht nur theoretisch zu diskutieren, sondern sie kann sich als reale Möglichkeit des einsetzenden Bürgerkrieges ergehen.

Die Sitzung wird nach 12 Uhr eröffnet. Den Vorsitz führt Genosse Wallacher. Die Diskussion über den Bericht des Genossen Sinowjew wird fortgesetzt. Als erster Redner erhält das Wort

Genosse Regel (Italien):

Die italienische Delegation ist mit dem Bericht des Genossen Sinowjew und besonders mit der Haltung der Exekutive in der Frage des Zentralismus und der Arbeiter- und Bauernregierung einverstanden.

Wir betrachten die Arbeiterregierung keineswegs als endgültige Lösung, noch als eine pazifistische Periode, sondern als Ubergangsstadium, das einem vorübergehenden sozialen Kampfsystem entspricht. Dieses Stadium muß zur Diktatur des Proletariats führen, aber aber zur Revolution. Seine Aufgabe ist es, den ersten den Weg zu bereiten.

Wir akzeptieren die Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung ohne Vorbehalt.

Genosse Koritschner (Deutsch-Österreich):

Die Agitation auf dem Lande für die Arbeiter- und landarme Bauernregierung wird und zugleich helfen, wäher an jene Schichten die noch bisher unter reaktionärer Führung marschierten, heranzukommen und die ländlichen Gebiete für den revolutionären Klassenkampf zu erobern. Durch die Fortsetzung unserer Taktik werden wir die Peripherie der Sympathisierenden um die RW. weiter verbreiten. Schon heute ist auf gewerkschaftlichem Gebiet zu verzeichnen, daß mindestens zehnmal soviel unter dem Banner unserer Forderungen stehen, als wir organisierte Kommunisten haben. Für die Exekutive, besonders für die mitteleuropäischen Parteien, ist jetzt die dringendste Aufgabe, die Teilbewegung in den verschiedenen Ländern zusammenzufassen und so die Aktionen im internationalen Maßstab noch mehr zu koordinieren. Diese Koordination in den Donau- und Balkanstaaten wird für die kommunistischen Parteien im Kampfe gegen den Reformismus und Faschismus die erfolgreichste sein.

Genosse Wilson Newbold (Großbritannien):

Die Taktik der Einheitsfront erhebt bei Einfluß der Partei ständig im ganzen Lande. In vielen Gewerkschaften, besonders bei den Maschinenbauern und den Eisenarbeitern, übernehmen die Kommunisten die Führung. In den Gewerkschaftsräten haben sie festen Fuß gefaßt.

Was die Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung anbelangt, so wurde diese von der britischen kommunistischen Partei mit Begeisterung aufgenommen. Die fortgeschrittene Arbeiterbewegung hat die Landarbeiter in England immer vernachlässigt. Es gab keine Bauern-

in die Städte ausgewandert. In Irland gibt es eine große Bauernschaft und die Lösung würde der irischen Partei den Anstoß zu ihrer Entwicklung geben.

Genosse Japotoch (Tschechoslowakei):

Die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung ist für uns nicht eine allgemeine propagandistische Forderung, sondern sie beginnt eine wichtige Frage der Tagespolitik zu werden. Sie stellt uns in der Tschechoslowakei vor sehr interessante Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Da wir nichts unternehmen wollen, was mit den Absichten der Internationale nicht im Einklang wäre, betrachten wir es als unsere Pflicht, auf die Verhältnisse bei uns aufmerksam zu machen. Was jetzt in der Debatte gesagt wurde, genügt für uns nicht. Sie ist eine größere Konkretisierung der allgemeinen Forderungen notwendig.

Die Kraft der Arbeiterbewegung hat sich in der letzten Zeit gemindert. In dieser Situation ist die Führung der Kampfaktionen erheblich erschwert. Durch diese Tatsache sind automatisch die Schwierigkeiten wegen der Möglichkeit der Schaffung einer Arbeiterregierung auf parlamentarischen Wege in negativem Sinne gelöst. Aber diese Schwierigkeiten treten sofort in den Vordergrund, sobald hier die Forderung der Regierung der Arbeiter und Bauern unterstellt wird. Im Lager der heutigen Regierungskoalition besteht sich eine Bewegung nach mehreren Richtungen.

Die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung wird aber auch als eine Parole von den Anhängern der sogenannten „sozialistischen Vereinigung“ aufgestellt, die mit folgenden konkreten Forderungen arbeiten: u. a. Regierung der Arbeiter und Bauern. Bewilligung eines Staatskredits von einer Milliarde tschechischer Kronen, für die Garantie der Ausfuhr nach Russland usw.

Wie soll sich die RW. zu diesen Forderungen, die im Laufe der Zeit bei uns genug populär werden können, verhalten?

Wir sind uns dessen vollkommen bewußt, daß die Abstimmung bei den Wahlen nur eine Veranlassung, nur eine Anregung dazu sein könnte, daß diese Frage in Bewegung käme. Die eigentliche Kraft und Stütze einer ähnlichen Regierung müßte selbstverständlich außerhalb des Parlaments, in den Massen und in den selbständigen Massenorganisationen sein. Die Arbeiter- und Bauernregierung muß noch, bevor sie geboren wird, an die Realitäten ihrer Verteidigung denken.

Genosse Kolarow (Bulgarien):

Die Taktik der Einheitsfront ist für die Industrielande genügend studiert worden. Aber wie steht es mit den Agrarländern, mit den bäuerlichen Massen, die politisch organisiert sind? In diesen Ländern kann das Proletariat ohne ihre aktive Mithilfe nicht die Macht ergreifen. Bulgarien zählt 80 Prozent Bauern. Die kommunistische Partei und die ihr anhängenden Gewerkschaften sind fast die einzigen Organisationen des Proletariats. Die Sozialdemokraten und die indifferenten Gruppen zählen fast gar nicht. Der Unterschied zwischen den Arbeiter- und Bauernorganisationen besteht darin, daß die ersteren einen Klassencharakter besitzen, während die letzteren Körperschaften sind, die sowohl Reiche als Arme umfassen. Wenn die ersteren zur Macht gelangen, schlagen sie das Kapital und unterhalten sogar die Arbeiterbewegung, denn das gehört zu ihrer Politik.

Der Staatsstreich, der die Bauernpartei von der Macht vertrieb, war augenscheinlich gegen die verhältigen Massen von Stadt und Land gerichtet. Das große Hindernis der Einheitsfront mit den Bauern besteht darin, daß unsere Partei ihre Rechte und sogar ihr Leben gegen die Bauernregierung verteidigen muß.

In einem Lande wie dem unsrigen steht eine Bauernregierung außer Frage, während in den Industrielandern das Lösungswort der Arbeiter- und Bauernregierung eher für die Propaganda berechnet ist, um die Bauernklasse zu neutralisieren. In den Agrarländern kann das Problem der Diktatur ein neues Aussehen gewonnen, nämlich das der Arbeiter- und Bauern-diktatur. Es ist bereits einige Monate her, seit die bulgarische kommunistische Partei das Lösungswort der Arbeiter- und Bauernregierung akzeptiert und mit solch einem Erfolg dafür Propaganda macht, daß die Unruhe, die es unter den leitenden Bauern hervorrief, eines der wichtigsten Ursachen ihrer Politik terror-

Beginn eines Bürgerkrieges bedeutet, die es den Anhängern hat, so hat unsere Partei genötigt, mit dem Agrarverbände eine Sache zu machen, und daraus wurde die eine Arbeiter- und Bauernregierung ergeben.

Genosse Deruzzi (Italien):

Im Jahre 1919 war die Lage in Italien, ebenfalls betrachtet, revolutionär, aber die kommunistische Partei war erst in der Bildung begriffen. Als die kommunistische Partei das Licht der Welt erblickte, hatte die Gegenrevolution bereits gelegt.

Was die Haltung der italienischen kommunistischen Partei hinsichtlich des Faschismus anbelangt, so glaube ich, ihr Fehler habe darin bestanden, daß sie den inneren Organisationsfragen zuviel Aufmerksamkeit widmete und der Bewusstseins- und Organisationsfrage der Massen zu wenig Beachtung schenkte. Um das selbe handelte es sich auch, seit der Faschismus zur Macht gelangt ist.

In den Beschlüssen zur sozialistischen Partei muß unsere italienische kommunistische Partei, meiner Ansicht nach, die Einheitsfront anwenden, die in Deutschland so gute Ergebnisse gezeitigt hat. Der Redner endet mit den Worten: Ich bin überzeugt, daß die italienische kommunistische Partei zum 5. Kongress der Komintern eine der besten Sektionen der Internationale sein wird.

Genosse Amber (U.S.A.):

Der Redner ist der Ansicht, daß für die Revolutionäre nicht genügend agitiert worden sei, besonders was Amerika anbelangt. Dort wird die Kirche offen als Werkzeug der Kapitalisten gegen alle fortgeschrittenen Arbeiterbewegungen angewandt.

Er ist der Ansicht, daß das Lösungswort der Arbeiter- und Bauernregierung in Amerika notwendig sei, aber gleich den englischen Gewerkschaften ist er überzeugt, daß diese Lösung dem Verständnis der armen und wehrfähigen Farmer angepaßt werden müsse, damit es zwischen ihnen und den ausbeutenden Farmern eine Spaltung gäbe. Es wäre ein Sieg für uns, sich eine Spaltung zu bewerkstelligen. Es liegt keine Ursache zu der Befürchtung vor, daß die Bauern für die proletarische Diktatur eine Gefahr bedeuten könnten.

Genosse Habette (Jugoslawien):

Die jugoslawische Partei kämpft entschieden, sowohl gegen die serbische Hegemonie als auch gegen den Chauvinismus der slowenischen und kroatischen Bourgeoisie. Trotz der Illegalität, in die uns der weiße Terror der jugoslawischen Regierung zwingt, ist es uns gelungen, die liquidatorische, zentralistische Partei vernichtend zu schlagen. Dies ist ein großer Sieg der kommunistischen Partei und beweist, daß die Massen des slowenischen Proletariats fester denn je unter unserer Führung stehen. Das nationale Problem Jugoslawiens ist infolge der vielen Nationen und Stämme, die unter der politischen Hegemonie der serbischen Bourgeoisie sich befinden, äußerst kompliziert. Der Umfang der nationalen Kämpfe ist auch infolgedessen ungeheuer. Infolge der Illegalität konnten wir bisher nicht bestimmen in diese Kämpfe einzugreifen.

Genosse Sakka (Italien):

Es haben keine Meinungsverschiedenheiten bestanden hinsichtlich der Tragweite des Kongresses von Rom. Dieser Kongress hat für den Anschluß der Massen an die 3. Internationale gestimmt. Unsere kommunistischen Genossen unterschätzen oft die Massen und messen den Personen eine zu große Bedeutung bei. Wir waren der Auffassung, daß die sozialistische Partei Italiens der internationale Massen angeführt hat, die man sehr gut benutzen konnte, wenn man nur wollte. Wir haben in unserer Partei für den Anschluß gearbeitet.

Genosse Schelle (Norwegen):

Norwegen befindet sich jetzt in einer schweren Krise. In der letzten Zeit haben die größten Zentralbanken Bankrott gemacht, was zu einer großen Erschütterung innerhalb der Bauernschaft führte. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung gewinnt daher in Norwegen volle Aktualität.

Genosse Serra (Italien):

Serra verlangt, daß man bei der Debatte über die italienische Frage von aller Eigenliebe absehe. Gegen die Genossen des Zentralkomitees der italienischen kommunistischen Partei wird persönlich kein Vorwurf erhoben, aber eine territoriale Politik ist um so gefährlicher, wie je mehr Mut und Energie sie erhalten wird. Individuell haben alle Kommunisten im

nicht erfüllt. Sie hat den Kampfen der Arbeiterklasse gegen den Faschismus nicht einen zentralen Mittelpunkt geschaffen. Sie hat sich bewegt, den Durchbruch der Revolution zu unterbrechen, an das Meer zu fliehen, was sie nur durch den Verstoß der Kommunisten werden ließ.

Die italienische kommunistische Partei ist die einzige, die sich der Taktik der Einheitsfront noch nicht angepaßt hat.

Die Zukunft der Revolution hängt von dem Kontakt mit den Massen ab.

Genosse Giacomi (Italien):

Der rechte Flügel der Sozialdemokraten hat mit Mussolini sich abgefunden, so daß unsere Fraktion in der sozialistischen Partei nicht nur gegen die Reformisten, die innerhalb der Partei geblieben wären, zu kämpfen hätte, sondern auch gegen die äußeren Feinde außerhalb ihrer Reihen.

Die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung ist ein Schulbeispiel dafür, was mit einer Bewegung geschieht, die die Vorherrschaft der kommunistischen Internationale aufrecht hält.

Genosse Krajewski (Polen):

Der. Sinowjew hat über die Haltung der kommunistischen Partei Polens zur Bauernfrage einige Äußerungen gemacht, die einen gewissen Klagecharakter aufwiesen. Es ist zwar vollkommen richtig, daß wir in dieser Frage einen Widerstand in den eigenen Reihen zu bewältigen hätten. Nur ist der Widerstand — wenigstens in den leitenden Kreisen der Partei — überwunden, und die Partei hat sich in dieser Frage entschieden und unabweichend auf den Standpunkt der Komintern gestellt.

Nicht nur das Zentralkomitee, sondern auch die wichtigsten lokalen Organisationen unserer Partei haben in diesem Sinne klare Resolutionen angenommen. Richtig ist also nur, daß der Vorbehalt der Überwindung des alten Standpunktes unserer Aktion in dieser Richtung, verzögert hat.

Was die Frage betrifft, ob wir den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen proklamieren sollen, so kann ich erklären, daß wir es ohne allen Vorbehalt getan haben. Wir stehen auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen bis zum Rechte der Absonderung vom polnischen Staate, wie das aus unseren öffentlichen Äußerungen ersichtlich ist.

Genosse Nak (Japan):

Nak sagt, die Hauptsache wäre, die Arbeiter politisch zu erziehen. Das Vereinigte Arbeiterkomitee, das gegründet wurde, um gegen das beabsichtigte Gesetz der Unterdrückung der Radikalen im Vorjahre zu protestieren, bildet die zentrale Achse der politischen Bewegung.

Die japanischen Genossen erziehen die Radikalität und Schwäche der japanischen Arbeiterbewegung zu berücksichtigen.

Was die Einheitsfront betrifft, so gibt es in Japan keine Sozialdemokraten oder Anarchisten. Die Einheitsfront beruht nur zwischen den Kommunisten und den sozialistischen Arbeitern in Betracht kommen. Aber da beide politisch antwortbar sind, so kann keine Rede davon sein, für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu agitieren.

Genosse Traumael (Norwegen):

Im Jahre 1921 verließen die norwegischen Sozialisten die Partei und bildeten die Sozialdemokratische Partei. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist die norwegische Sozialdemokratische Partei sehr klein und schwach, die kommunistische Partei dagegen stark.

Nachdem man sich für die kommunistische Plattform entschieden hatte, haben die ersten Wahlen der Partei 29 Parlamentsabgeordnete und machten sie zur zweitgrößten politischen Partei des Landes.

In der Frage der Einheitsfront ist die Lage Norwegens von derjenigen anderer Länder nicht verschieden. Vier Fünftel der Arbeiter sind Anhänger der kommunistischen Partei, und auf diejenigen, die unter dem Einfluß der Sozialdemokraten stehen, kann man durch die Gewerkschaften einwirken.

Was die Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung anbelangt, so sind die Verhältnisse in Norwegen besonderer Art. Die Partei macht bereits eine ziemlich gute Arbeit. Aber die Organisation zu festigen und den Rest der Organisationsbauern der Partei zuzuführen, doch nicht eine separate Partei zu organisieren, wie die Lösung vorzuziehen.

Der Hauptbestandteil ist, daß man eine politische Arbeit leisten kann und politische Organisa-

Aus der Provinz

Die Gewinne und Umsätze der Dankschreiben und Losen

Der Unternehmer, der Kaufmann, der Landwirt, der Offizier, der Beamte usw. usw. — sie alle lesen Ihre Presse. Sie wählen ihre Zeitung vor allem unter dem Gesichtspunkt, ob sie ihre Interessen vertritt, ob sie in ihrem Sinne schreibt, ob sie für ihren Vorteil kämpft.

Und der Arbeiter? Bleibt auch er das Blatt, das für ihn geschrieben wird, das seine Interessen vertritt, das für seine Klasse kämpft?

Keineswegs! Wohl ist ein großer Teil des proletarischen Klassenbewußtseins, um unter allen Umständen treu zu seiner Presse zu stehen. Wohl können zahllose Proletarier die größten persönlichen Opfer, um ihr Arbeiterblatt halten zu können. Aber ein noch größerer Teil der Arbeiterschaft denkt leider immer noch anders.

Vieleicht — weil er gar nicht denkt. Denn wie könnte sonst dieser Teil des proletarischen Klassenbewußtseins, jahraus — und zwar aus den wichtigsten Gründen — durch Lesen und Abonnieren diejenige Presse unterstützen, die nicht nur seine Interessen nicht vertritt, sondern sie sogar mit Füßen tritt!

Zahlreiche Arbeiter lesen immer noch die „Breslauer Neuesten Nachrichten“.

Warum? Da gibt es viele Antworten. Die häufigsten sind:

„Die „B. N.“ haben mehr Papier als die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.“

„Ist das nicht lächerlich? Können diese Arbeiter nicht Zeitung kaufen? Welcher denkende Arbeiter kann sich bei der Wahl seiner Zeitung von dem Marktwert derselben leiten lassen?“

„Die „B. N.“ haben mehr Anzeigen als die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“.“

„Was nützen dir die Anzeigen? Hast du etwa Geld, um dir etwas zu kaufen? Hast du etwa Sachwerte, um sie zu verkaufen? Und ist es nicht auch deine Schuld mit, wenn die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ weniger Anzeigen hat als die „B. N.“? Je mehr Geld und Abonnenten, desto mehr Inserate!“

„Die „Neuesten Nachrichten“ bringen mehr Nachrichten.“

Ist dir noch nie aufgefallen, daß diese Nachrichten in neunzig von hundert Fällen nur den Vorzug der Frigideität haben, aber nicht den der Wichtigkeit? Diese Nachrichten der „Nachrichten“ sind durch die Hand gestrichelt, überlesen — wenn nicht ganz erlogen. Böllig zu schwelgen von den Nachrichten, die unterlagern werden. Alles, was die „B. N.“ bringen, ist selbstverständlich unter ganz bekannten Gesichtspunkten ausgewählt.

„Arbeiter, ihr etwa ein, diese Gesichtspunkte wären die richtigen? Glaubst du etwa, du bist in jedem Artikel in jeder Zeile, in jeder Zeile ganz unversehrt die Unternehmervorteile vertritt, sowie zugleich die Interessen der Arbeiter in den „B. N.“? Daß er faul ist, daß er viel zu viel Lohn bekommt, daß er faul ist, daß er Raub macht, stiehlt, mordet — und vor allem, daß er streikt. — Jeder Streik aber ist den „B. N.“ von vornherein kommunistisch verdächtig, verabschweigend, verdammt.“

Warum? Weil er in neun von zehn Fällen um eine Erhöhung des erbärmlichen Lohnes geht, also gegen das Profitinteresse der Unternehmervorteile gerichtet ist. Wie kann also ein Mann vom Schlage der „B. N.“ unparteiisch über solche Fragen berichten!

„Kanntmachungen.“ lagen noch andere. Schlimm genug! Sorge dafür, daß die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ diese amtlichen Bekanntmachungen erhält. Du kannst es! Die Leiter einer Zeitung sind eine Macht. Überbringt auch die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ alles, was von den amtlichen Bekanntmachungen für den Arbeiter wertvoll ist.

Du siehst, Arbeiter, wie wenig schicklich alle die üblichen Ausreden sind, mit denen du das Lesen und Halten der „B. N.“ zu rechtfertigen suchst. Für dich kann es nur eine Presse geben, das ist diejenige, die den Kampf deiner Klasse kämpft, die deine Interessen vertritt.

Sagst du darauf: Aber ich merke noch nichts vom Aufstieg meiner Klasse, von einer Besserung meiner Lage! — In wieviel du dir nun selber die Antwort geben können: Du selber bist mitschuldig an der Langwierigkeit dieses Kampfes, mitschuldig am Fortdauern deines Elends. Jeder, der abseits steht vom Kampfe seiner Klasse, ist mitschuldig. Wieviel mehr der, der den Gegner noch unterstützt!

Hinaus mit der gegnerischen Presse aus deinem Hause, hinaus mit den „Breslauer Neuesten Nachrichten“! Lies die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“! — Wirb für sie, agitiere für sie, dann agitierst du für dich und für deine Klasse!

In den Stadtverordnetenwahlen in Beuthen

geht uns noch folgende Notiz zu:

Bei den am Sonntag, den 24. Juni, in Beuthen O.-S. stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen hat unsere Partei drei Mandate erobert und die Sozialdemokraten haben drei Mandate verloren. Trotzdem die Jungen der Gewerkschaften in der letzten Kartellstimmung den Beschluß durchdrückten, die Kommunisten aus dem Beuthener Volksklub auszuweisen, so ist die Gründung aller Arbeiterorganisationen zur Verfügung stehen soll, hinauszuweisen und damit die für unsere Partei am Freitagabend angelegte öffentliche Volksversammlung im Volksklub nicht möglich zu machen; trotzdem der Reichstagspräsident Herr Paul Löbe, sich selbst nach Beuthen bemühte und am Sonnabendabend in einer speziell besuchten Wählerversammlung der SPD im Volksklub sprach, weil die Kommunisten keine Zeit hatten, seine Reden anzuhören. Trotz konzentrierter Heise gegen unsere Partei erhielten wir bei der geistigen Stadtverordnetenwahl 1270 Stimmen, während die Sozialdemokraten nur noch 583 ihrer getreuen Schäfchen mußten.

Die Beuthener Arbeiterschaft hat also ihren verräterischen Führern eine solch vernichtende Niederlage bereitet, wie sie es durch den Vertritt beim letzten Bergarbeitersstreik in Oberschlesien wahrlich verdient haben. Die Niederlage wäre noch größer, wenn unsere durch den Streik gemäßigten Genossen nicht jetzt noch in alle Winde sich zerstreuen müßten, um Arbeit zu finden oder wenigstens durch ihre glücklicheren Kameraden für ihre hungernden Kinder ein Stückchen Brot zu erhalten. Die im Herbst stattfindenden allgemeinen Gemeindevahlen werden die Kommunisten Beuthens besser vorbereiten und die letzten Arbeiter von den Sozialdemokratischen Verrätern abziehen.

Bekanntlich für die Politik der SPD-Bonzen ist, daß am Freitagabend der Knüttelzug in Beuthen sprechen konnte und durch seine verworrenen Sprechere, durch seine verblenden- den Versprechungen sehr viele misantropische von

den eigentümlichen Arbeiterverankerte, die national-sozialistische Partei zu wählen, die 5 Ehe errang.

Die aufmarschierten 13 Parteien — die polnisch-sozialistische Partei hat ihre Liste in letzter Stunde zurückgezogen — bezweckten lediglich die schwankenden rückständigen Elemente in irgend-einer Form für die Bürgerlichen einzufangen. + maßgebend. Jahresbericht der städtischen Säuglings- und Kleinkinderklinik. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923. 25 Pflegewestern waren in der Anstalt außer der leitenden Schwester Grete Schmidt die Schwestern Maria Schönawa und Käthe Seydel tätig; außerdem wurden wir im Vorjahre eine Anzahl freiwilliger bzw. angestellter Helferinnen beschäftigt, da die Erfolge einer Säuglingskrankeinstellung in diesem Maße von dem Vorhandensein eines zahlreichen und geübten Pflegepersonals abhängig sind.

Die Zahl der Aufnahmen betrug in den 11 Monaten der Berichtszeit 84 Kinder gegenüber 123 der vorhergehenden Berichtszeit, die sich auf 15 Monate erstreckte. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß bereits vom Anfang Februar 1923 ab, nachdem der Magistrat die Auflösung der Klinik beschlossen hatte, Neueingekommene in die Klinik nicht mehr stattfanden. Am 1. März 1923 waren sämtliche Kinder aus der Anstalt entlassen bzw. in andere Anstalten verlegt worden. Von den in der Klinik verpflegten Kindern waren 66 im Alter unter 1 Jahr, 18 im Alter von 1 bis 6 Jahren. Die Kinder wurden mit folgenden Erkrankungen aufgenommen: akute Ernährungsstörungen 18 Kinder, chronische Ernährungsstörungen 25 Kinder, schwere Rachitis (engl. Krankheit) 6 Kinder, Hauterkrankungen 10 Kinder, Krämpfe 3 Kinder, Grippe, Katarrhe der ob. Lufttröhre 8 Kinder, Tuberkulose 2 Kinder, Sphylis 4 Kinder, Blenorrhoe b. Augen 1 Kind, Knochenerkrankung 2 Kinder, Hirnhäute 1 Kind, Frühgeburt, Schwäche, 4 Kinder. Gestorben sind in der Anstalt im Berichtsjahr 11 Kinder, davon wurden aber 5 Kinder bereits sterbend eingeliefert und starben am Tage der Einlieferung. Aus bestimmten Rücksichten wurden auch diese Kinder bei der Aufnahme nicht abgemessen. Von den hoffnungslos in die Anstalt eingelieferten Kindern abgesehen, betrug die Sterblichkeit 7 Prozent. — In der Berichtszeit standen der Klinik stets ausreichende Mengen von Frauenmilch zur Verfügung. Die Flaschenmutter wurde wie im Vorjahre in der städtischen Milchküche hergestellt. Die in dem vorhergehenden Jahresbericht erwähnten Schwierigkeiten bei der Erzeugung der Anstaltsmilch wurden in der letzten Zeit durch Anschaffung einer hitzbeständigen Wärmehülle behoben. Der Betrieb der Anstalt war jederzeit ungehindert, Hausepidemien fanden nicht statt. Wie im Vorjahre gab die Klinik den Schülerinnen der Gewerkschule, sowie anderen Personen, die sich darum bewarben, Gelegenheit in der praktischen Erlernung der Säuglings- und Kinderpflege.

Am 1. April 1923 wurde die Anstalt durch einen Magistratsbescheid geschlossen.

Der SPD-Ratrat Selbold begünstigt den Streikbruch!

In seinem Bruchstück verurteilte der Sozialdemokrat und Oberkommissar des SPD, „Kollege und Genosse“ Schmidt, daß zwischen den Landarbeitern und dem SPD die Abmachung bestehe, nach der sich die Polizei beim Landarbeiterstreik völlig neutral verhalten werde. Das war im Breslauer Gewerkschaftshaus am Tage

der Proklamation des Generalstreiks und Landarbeitern von Landarbeitern spendeten bezogen den gleichzeitigen Werten des Sozialdemokraten spontanen Beifall.

Zwei Wochen später läßt ein anderer Sozialdemokrat, der Landrat des Kreises Nampisch, Selbold, den Streik durch Schuss sabotieren. Wir lesen davon im Nampischer bürgerlichen Ratsblattchen:

Ein Auto mit 6 Schupomannschaften unter Führung eines Oberwachmeisters traf am Sonnabend früh gegen 7 Uhr hier ein und fuhr, nachdem sich die Schupos bei Herrn Landrat Selbold gemeldet, wieder ab, um den ganzen Kreis Nampisch zu befahren und evtl. vorkommenden Terror den Arbeitwilligen gegenüber zu verhüten und die Streikenden zu warnen. Fälligkeiten gegen auf den Feldern Arbeitende zu verüben. Nachmittags 4 Uhr trafen die Mannschaften hier wieder ein und führten dieselben nach einem längeren Aufenthalt wieder nach Breslau zurück.

So fällt der führende Sozialdemokrat, der „Arbeitervertreter“ den kämpfenden Landarbeitern in den Rücken. Die „Volksmacht“, das „Arbeiterblatt“, schreibt natürlich keine Silbe von dieser Vandalenaktion ihres Parteigenossen. Würde sie davon berichten, dann dürfte sie es ja nicht wagen, unter den Landarbeitern für die Sozialdemokratische Partei ihre Anselnen auszuwerfen.

Groß-Moschorn. Öffentliche Versammlung. Am 23. Juni hielt die hiesige Ortsgruppe der SPD eine öffentliche Versammlung mit folgendem Thema: „Die Katastrophe der bürgerlichen Regierung“ ab. Als Referent war der Gewerkschaftssekretär Schneidewind erschienen. Der Referent hielt eine mäßige Rede gegen die jetzige Regierung, vermochte aber nicht den Anwesenden den Weg zu zeigen, wo sich die Arbeiterschaft diese Regierung abschütten könnte. Er führte den Anwesenden die ungeheure Not vor Augen, die sich seit der Sunoregierung bemerkbar macht. Er sprach über die Geheimorganisationen, die frecher als je gegen die Arbeiterschaft und ihre Führer auftreten. Sein ganzes Referat konnte man nur als ein Verübungsmittel gegen die erbitterte Bevölkerung betrachten.

In der Diskussion sprach Genosse Wilde, Breslau, der den Anwesenden vor Augen führte, daß es gerade an den Sozialdemokraten lag, daß wir in ein solches Elend hineingetragen sind. Denn sie hatten nicht den Mut und verstanden nicht, der Regierung, der sie das Vertrauen geschenkt hatten, entgegen zu treten. Er machte darauf aufmerksam, daß es nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch die sozialdemokratische Presse ist, die das Proletariat verrät und beschwächt. Genosse Wilde wies darauf hin, daß sich die Arbeiter enger zusammenschließen sollen und eine Arbeiterregierung fordern. Kontrollausschüsse gegen den Wucher bilden und für Erfassung der Sachwerte einsetzen müssen. Er forderte die Anwesenden auf, sich bei der jetzigen Werbewoche in die kommunistische Partei aufnehmen zu lassen und die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ zu bestellen, welche nur die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt. In dem Schlusswort konnte der Referent den Ausführungen des Genossen Wilde nichts widerlegen, sondern beschränkte sich auf Verdrehungen. Zum Schluss erkannte er nun selbst an, daß die Erlösung des arbeitenden Volkes nur aus dem Osten kommt. Arbeiter und Arbeiterinnen von Groß-Moschorn, tut diese Woche euer Pflicht und der Sieg wird euer sein!

Die Rote Garde

(Fortsetzung.)

Zwei Wochen vor dem Umsturz verordnete Kerenski durch Geheimbefehl die Einziehung aller Feuerwaffen. Die Moskauer Garde zu erwies sich zu drei Vierteln entwaffnet (alle eingezogenen Maschinengewehre, Gewehre, Handgranaten wurden den Junken [Jünglinge der Militär-Schulen] übergeben). Bei ihnen wurde auch eine Riesmenge von Munition konzentriert. Somit blieben vor Oktober im allen mehr oder minder revolutionären Truppenteilen nur Bestand-Gewehre fast ohne Patronen, auseinandergerissene Maschinengewehre ohne Beschluß und Granaten ohne Kapfen. Ich gab dem Anstaltspartei einen geheimen Gegenbefehl. Bei Anwesenheitsaufnahme der Maschinengewehre alles zu registrieren und bei der Hand zu halten. Gleichzeitig fingen die Soldaten der alten Armee an, ihre Gewehre, Patronen, Maschinengewehre usw. massenhaft den Arbeitern zu übergeben. Somit hatten wir zum Oktober doch einen gewissen Vorrat an Waffen.

Trotzdem standen wir unmittelbar vor Oktober der Aufgabe gegenüber, daß alle besten Maschinengewehre auseinandergenommen waren und die Feuerwaffen aller Art, wie auch andere wertvolle Ausrüstungsgegenstände sich in den Händen der Militär-Jünglinge befanden. Wir hatten keine Munition und mußten aus diesem Grunde einen außerordentlich starken Kampf gegen führen, wie das zum Beispiel in Kasan der Fall war.

Woh der unermesslichen Energie unserer erfassten Genossen war es zu verdanken, daß wir das Munitionsdepot in dem die gesamte Administration und ein Teil der Arbeiter selbstständig gestand waren, zur Zeit des Umsturzes in unseren Händen hatten, das glänze kann auch bezüglich des Munitionsdepots in Simonsche und der Dalajsch Waffenfabrik gesagt werden. Unmittelbar vor dem Umsturz wurde dem Genossen Bucharin, der in Dalajsch Waffenfabrik saß, der Befehl erteilt, die Waffenfabrik zu besetzen, oder, wenn das nicht möglich gelangen sollte, wenigstens eine solche Anstalt zu schaffen, die uns liefern könnte, daß sie ein einziges Gewehr und keine einzige Patrone zu unseren Feinden kommt. In Dalajsch war das ziemlich schwer zu erreichen, da die GZ und Reichsgewerkschaft im Gange in der Wäschel waren.

Sei starke Wille des Genossen Bucharin, das in der Anstaltung der Frage behandelte Zeitgefühl und Entschlossenheit, die Energie der Parteilosigkeit und eine offizielle Zustimmung der revolutionären Genossen und dem

revolutionären Stab haben unsere Genossen gehalten, die Arbeiter der Dalajsch Werke für uns zu gewinnen. Ja noch mehr: Unter der Leitung des Genossen Bucharin wurde aus den Arbeitern der Schutz der 10 wichtigsten Fabriken organisiert, und die naheliegenden Eisenbahnhaltungen wurden besetzt. Eine besonders umfangreiche Arbeit leisteten hierbei unsere Jellen und die mit uns sympathisierenden Eisenbahner.

In der Blaudmischen Schießpulverfabrik stand uns auch eine sehr große Arbeit bevor: wir hatten die Fabrik zu besetzen, den Schuttdienst zu organisieren, aus den Arbeitern schnell eine rote Garde zu bilden und Vorposten weit vorzuschicken. Die Parteilosigkeit entließ sich glänzend dieser Aufgabe und konnte uns sogar nach Kasan unterstützen.

Der Ration Kommando ist einer der ausschließlichen aus Arbeitern bestehenden Ration und das Munitionsdepot, hauptsächlich keine ziemlich starke Parteilosigkeit. Bei seine Aufgabe glänzend vollbracht. Vor allem hat das Betriebskomitee von ihnen aus alle Macht in seine Hände genommen, so daß keine einzige Patrone in die Hände unserer Gegner kommen konnte. Die Fabrik war sehr oft durch die Feinde von uns abgedrängt, sie stellten aber aus ihren Arbeitern ringsherum Schussposten auf, und die Posten standen zuweilen 3 Tage lang ohne Abblösen. Am 2. Tage des Kampfes gelang es mir auf Ostankowitschen am Feinde vorbeizukommen, und ich fand die Genossen heldenmütig auf ihren Posten stehend.

Durch der Heldentätigkeit der Arbeiter der Munitionsfabrik konnten wir, als wir die letzten Wochen des Feindes zurückdrängen, die roten Kämpfer mit Patronen, Handgranaten, Geschossen usw. versehen. Zur Abholung der Schussposten konnte ich sofort bemannete Arbeiter aus dem Ration Kommando holen, um sie in unser Stab befand.

In der Nacht vom 25. zum 26. Oktober wurden die Ration-Organisationer zusammen mit den Vertretern aller Truppenteile in das Hotel „Breda“ einberufen. Während der Sitzung gab es ziemlich viel Schwankungen und Zweifel am Erfolg. Wir befragten jeden einzeln der Anwesenden besonders, wie viel Gewehr sie geben können, wie sie bewaffnet sind usw. Außerdem wurden alle genau befragt, ob in den letzten Tagen nicht irgendwelche außerordentliche Hindernisse aufgetaucht seien.

Es wurde uns dadurch klar, daß wir imstande sind, die Nacht ruhig in unsere Hände zu nehmen. Die eingelassen Vertreter machten uns die nicht sehr erfreuliche Mitteilung, daß aus der letzten Truppenteile auf Befehl Kerenskis durch

den Feindem vertrieben, und die Offiziere, Militärgelinge, die Bourgeoisie und Studenten bewaffnet sich mit großem Eifer. Nach unserer Statistik gab es 75- bis 80 000 gut bewaffnete Offiziere und Militärschul-Jünglinge nebst einer großen Anzahl gut bewaffneter Bourgeois.

Unsere Kräfte bestanden aus 54 Kompagnien, die die Revolution faßten: „Alle Macht den Sowjets“, und sieben Achtel der gesamten Arbeiterschaft Kasans, wovon mehr als 2000 mit Revolvern und ungefähr 500 Mann mit Gewehren bewaffnet waren.

Ich war sehr überzeugt, daß die Arbeiter zu einer Allianz bereit sind, und die Leiter der Ration-Stäbe haben das vollkommen bestätigt. Aus den 54 Kompagnien konnten wir nur auf 60 Prozent rechnen. Das Kraftverhältnis war für uns sehr unvorteilhaft: Der Gegner war viel bedeutend zahlreicher und besser bewaffnet.

Benzufolge wurde von vornherein ein Plan mit der Angabe bestimmter Punkte, wo wir Waffen den Militärschul-Jünglingen entreißen sollten, ausgearbeitet. Jeder Vertreter eines Truppenteils verpflichtete sich, seinen Truppenteil unter Leitung eines Vertreters der Sowjetmacht auf die Straße zu führen; das war unsere verantwortliche und gefährlichste Aufgabe.

Ich beauftragte das revolutionäre Kriegskomitee, die Automobilkompagnien und den Anstaltspart auf die Straße zu führen, den Angriff der Ration Befehrs, Simonsche und Kommandos zu leiten und die Befolgung aller Ration mit Munition aus den Munitionsdepots Kasan und Simonsche zu organisieren.

Am 12. Uhr nachts machten wir uns auf den Weg. Es ist klägliches, regnerisches Wetter. Laut Befehl des revolutionären Kriegskomitees sollte ich mit den Genossen Jaroslanski den Kreml besetzen. Im Kreml befand sich das 56. Regiment Genosse Berzin war zum Kommandanten des Kreml ernannt, aber zum Kommandanten ohne tatsächliche Macht. Wir hatten die Aufgabe, das 56. Regiment zu bewegen, die Kabinettbeschlüsse zu erfüllen und die Kommandanten, die zum größeren Teil Anhänger der provisorischen Regierung waren, zu befehligen.

3 Uhr nachts. Absolut Finsternis, das elektrische Licht hatten unsere Gegner ausgeschaltet, und um die Automobillampen beleuchteten die Straße. In einigen Häusern war hartes Geknurre hörbar; die Militärschul-Jünglinge hielten auf den Ringen der Straßenbahn ihre Stellungen wieder her.

Das Automobil sollte schnell gehen, und ich kam mit heiler Haut bei den Toren der Aut-

kampagne an. Es herrschte Stille; alles schläft. Man läßt mich zum Diensthabenden; man führt mich zum Kompagniekomitee; auch dort schläft alles. Ich wedte das Komitee, teilte ihm den Beschluß des revolutionären Kriegskomitees und der Sowjetfraktion unserer Partei mit, wonach die Soldaten aufgeföhrt werden, und zu folgen. Man stellt an mich eine, zwei Fragen, was in der Provinz und in Petersburg geschieht und beabsichtigt wird, und was unser Führer, Genosse Lenin, sagt. Ich antwortete darauf, daß diese Aufforderung eine Aufforderung vom Genossen Lenin ist.

Das Komitee sagt mir auch: „Wenn es so ist, gehen wir! Was sollen wir machen?“ Ich antwortete: „Alle Automobile, Motorräder sollen sich zum Sowjet begeben, wo man Euch sagen wird, was Ihr zu tun habt.“

Man beschloß, alle zu wecken. Ich schloß mich in einer kurzen Rede unsere Aufgabe und forderte auf, mir zu folgen. Die Mehrheit den Soldaten verlangte eine Versammlung im Speisesaal, um über die Frage zu verhandeln. Nach einer halbstündigen Beratung beschloß sie, sich an der Aktion zu beteiligen. Mit uns fuhren 7 Lastautos und 2 leichte Autos ab. Die Genossen schreien: „Man muß ihnen eine Bewandigung geben, damit sie unterwegs von den Junken nicht abgefangen werden!“

Ich fuhr ab; habe 20 Mann Bewaffnete bei mir. Um 6 Uhr morgens trafen wir beim Moskauer Sowjet ein. Es herrschte auch Stille und Ruhe. Wir sind als erste angekommen. Im Moskauer Sowjet befindet sich eine aus Arbeitern bestehende Schutzabteilung. Der Stab scheint ziemlich wenig Tätigkeit zu entfalten. Ich traffe zwei, drei Genossen und frage: „Was machen die letzten Truppenteile?“

Vorläufig steht es ziemlich schlecht. Es liegen Mittelwagen vor, daß sie sich sammeln“ antwortet Genosse Arosjew.

Es ist schlecht so. Die Stimmung ist ziemlich gedrückt, bei manchen macht sich eine Unzufriedenheit bemerkbar.

Nach Anfunft im Anstaltspart wurde ich vom Komitee empfangen, das mir mitteilt, daß sie die ganze Nacht gewacht und Dienst gehalten haben. Der Vorsitzende des Komitees ist ein aller ergebener Revolutionär. Ich mache in aller Form Mitteilung von der Aufforderung zur Aktion. Viele sagen darauf: „Wir sind schon lange bereit und freuen uns, daß unsere Führer so beschloßen haben.“

Ich erlaube hierauf ohne lange Erläuterungen und Fragen, daß ganz Moskau sich gerührt hat und Petersburg schon eine Sowjetstadt ist. Die Aktion wird einstimmig beschloßen. (Schluß folgt.)

Betrieb - Gewerkschaft

13. Verbandstag des Deutschen Holz- arbeiter-Verbandes in Kassel

2. Verhandlungstag

Nach Eröffnung wird die Diskussion über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Stöber-Düsselhof beurteilt die Stellung des Hauptvorstandes in der Frage der Ruhrbesetzung. Willen-Dremsen wendet sich gegen die Aufrechterhaltung der Arbeitsgemeinschaft, die nur dem Unternehmer zum Vorteil gebracht hätte. Der Bildungsarbeit muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Schul-Dremsen (SPD) verteidigt die Politik des Hauptvorstandes. „Wir Sozialdemokraten bilden aus anderen Gründen Fraktionen.“ (Was immer listet er den Schleier nicht? D. Red.) Wagenführer-Berlin weist energisch den Vorwurf der Spaltung, der immer wieder den Kommunisten gemacht wird, zurück. Gerade die Kommunisten sind es, die alles versuchen, die noch abseits stehenden Arbeiter für die Gewerkschaften zu gewinnen. Die Fraktionsbildung ist nichts, was von den Kommunisten geschaffen wurde. Lange bevor es eine kommunistische Partei gab, haben USPD und SPD Fraktionen gebildet, häufig geheime Zusammenkünfte gehabt. An-Bestpielen aus Sachsen und der Lausitz bewußt er, daß die SPD die Gewerkschaften für ihre Parteinteressen ausgenutzt hat und selbst nicht davor zurückschreckte, Gewerkschaftsgelder zu ihren Parteizwecken zu misshandeln. Auch Heller-Böhm widerlegte die Anschuldigungen Zarnows. Er geht insbesondere auf die von Zarnow angelegene Dortmund Angelegenheit ein. Er weist nach, daß die Zentrale der SPD das Vorgehen einzelner Dortmunder Genossen schärfstens beurteilt. Die Beschlüsse, die auf dem letzten Leipziger Parteitag wie auf dem Zentralauschuß gefaßt wurden, zeigen ganz eindeutig, daß die SPD es als ihre größte Aufgabe betrachtet, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten und jede Spaltungsbedeutung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Umgekehrt, die SPD ist es, die überall Fraktionen, so in Köln, Frankfurt a. M., in Magdeburg und anderen Orten, zu dem Zweck geschaffen, die Gewerkschaften zu spalten. Winkelhof-Köln verteidigt die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, lehnt die Arbeitsgemeinschaft mit den Kommunisten ab. Fiedler-Salle übt schärfste Kritik an den organisatorischen Maßnahmen des Hauptvorstandes. Die Kommunisten haben wie auch ein großer Teil sozialdemokratischer Kollegen an dem Aufbau der Organisation mitgearbeitet; sie nehmen für sich das gleiche Recht in Anspruch, das statutenmäßig festgelegt ist. Er warnt vor Annahme der Resolution, die nicht geeignet ist, die Einheit der Organisation zu gewährleisten, den einheitlichen, unausweichlichen Kampf zu sichern. Zarnow wendet sich nochmals gegen den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft, der auch den Austritt aus den verschiedenen amtlichen Einrichtungen bedeute. Bei der Abstimmung wird der Zusatzantrag Stöber zur Resolution des Hauptvorstandes angenommen:

„Der Verbandstag beschließt den Austritt des Deutschen Holzarbeiterverbandes aus der Arbeitsgemeinschaft und fordert den USPD auf, denselben Schritt zu tun.“

Es folgt die Abstimmung über den Antrag des Vorstandes betr. Mahregelung der Kommunisten. Derselbe wird gegen eine große Majorität angenommen. Vor der Annahme der

Resolution gibt die kommunistische Fraktion folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die kommunistischen Delegierten des 13. Verbandstages haben gegen die Annahme der Kommunisten spalten die Gewerkschaften, folgendes zu erklären:

1. Die Kommunisten setzen in der Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit die einzige Gewähr, der Offensive des Kapitals erfolgreich entgegenzutreten zu können.

2. Gemäß ihrem Beschlusse auf dem Leipziger Parteitag sowie der Beschlüsse des Zentralauschusses werden sie jede Spaltung der Gewerkschaften mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

3. Werden sie alle Kräfte dafür einsetzen, um den letzten indifferenten Arbeiter den Gewerkschaften zuzuführen.

4. Werden sie alles aufbieten, um die unseitige Spaltung, herbeigeführt durch die nicht demokratische Handlungsweise der einzelnen Gewerkschaftsführer, zu beenden, wenn den Mitgliedern volle Demokratie in den Organisationen gewährt wird.

5. Weisen sie es entschieden zurück, für einzelne organisatorische Fehler einzelner Genossen die Parteiverantwortlichkeit zu tragen.

6. Verpflichten sie sich, alle Beschlüsse des Verbandes, soweit sie sich auf Verbandsangelegenheiten beziehen, durchzuführen und im Rahmen der Beschlüsse zu wirken.

7. Werden sie sich durch keinerlei organisatorische Maßnahmen des Hauptvorstandes nehmen lassen, nach wie vor ihre politischen Meinungen in der Organisation zu vertreten und für ihre Partei zu wirken.“

In der Nachmittags Sitzung teilt Zarnow mit, daß durch die Annahme der Resolution des Hauptvorstandes und auch des Zusatzantrages Stöber zur Arbeitsgemeinschaft große Unklarheiten entstanden seien. Er wisse nicht mehr, ob die Annahme des Zusatzantrages Stöber auch bedeute, daß der Austritt aus den amtlichen Stellen von den Vertretern des Holzarbeiterverbandes vollzogen werden soll. Bannhoff-Hamburg fragt Stöber, ob der Zusatzantrag nur eine Deklaration für den Verbandstag sein sollte. Stöber stellt demgegenüber fest, daß die Annahme des Antrages selbstverständlich auch den Austritt aus allen amtlichen Stellen bedeutet. Zarnow und seine Freunde geben sich nunmehr alle Mühe, den Delegierten klarzumachen, welche Gefahr in diesem Beschlusse liegt, sie warnen, den Beschlusse so auszulegen, daß der Holzarbeiterverband wohl aus der Zentralarbeitsgemeinschaft austritt, aber in allen Schlichtungsstellen nach wie vor vertreten bleibt. Es gelingt den Zarnow und seinen von ihm inspirierten Freunden, den Verbandstag so durcheinanderzubringen, daß letzten Endes kein Mensch mehr wußte, was beschlossen ist. Zum Schluß wird vom Büro festgestellt, daß der Beschlusse vom Vormittag so aufzufassen ist, daß Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft erfolgt, alle Vertretungen in amtlichen Stellen aber belassen werden. Praktisch ist damit auch der Zusatzantrag Stöber erledigt. So etwas nennt Zarnow und seine Freunde Demokratie.

Nachdem sich der Wirtwart gelegt hat, schildert Kollege Schleicher zum 3. Tagesordnungspunkt in langen Ausführungen die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes. Nach dem Referat vertritt sich der Verbandstag auf Mit-

Ein Aktienstück wird angelegt, um den Sohn, der selbst mit schwerster Not zu kämpfen hat, aufzufordern, entweder ein Teil zu dieser großen Summe oder den ganzen Betrag zu zahlen. Die Arbeitszeit und das Porto, die für das Schreiben aufgewandt werden, löst dem Staat — wenn man noch die notwendig werdenden Maßschreiben hinzurechnet — sicherlich den 3- und 4fachen Betrag jener „Summe“ welche die Witwe als „Unterstützung“ erhält.

Die Witwe muß weiter hungern und die den Proletariern abgepreßten Steuern werden für solchen bürokratischen Irrtum verflümpert. Wäre der Sohn in der Lage die Mutter zu unterstützen, nun 500 Mark — 3 Frierenspfennige würde er sich schämen ihr anzubieten.

Der kapitalistische Staat aber schämt sich nicht jenen Betrag von 500 Mk. auszuhändigen und obendrein noch „Entlastung“ durch den Sohn zu fordern.

So wie viel Fällen der öffentlichen Armenpflege mag diese Methode bürokratischer Irrsinn geübt werden?

menen. Anträge des Hauptvorstandes werden und können an dem Zustand der Gewerkschaft nichts ändern.

Erst wenn die Gemeinden durch die Besetzung der Finanz-Dezision in die Lage gezwungen werden, die Befehden durch direkte Steuern zu den Gemeindefinanz heranzuziehen, dann kann der Minderheit vertrieben werden. Genosse Kramm hat erst vor wenigen Tagen im Reichstag gefordert, daß die Gemeinden das Aufschlagswortrecht erhalten.

Wenn nun die USPD in Breslau selbst Kritik an der Abwendung der Blutsteuer ab und trotzdem derselben zustimmt, so ist diese Kritik nicht anderes als hohle Deklamation und leere Spiegelschönelei. Denn die USPD, die in Tausenden Gemeinden die absolute Mehrheit besitzt und auf den Stimmzettel die soziale Fraktion ist, besitzt Mittel genug, um eine Änderung der Steuererhebung zu erzwingen. Sie wagt diesen Kampf aus und betreibt die allgemeine bürgerliche Fortschrittlichkeit mit. Was es der USPD erst in ihrem Kampfe gegen

Hunderttausende

Arbeiter und Arbeiterinnen in Schlesien sympathisieren mit der kommunistischen Partei und erklären: „Die Schlesiens Arbeiter-Bewegung“ ist das einzige Blatt, das ehrlich und in jeder Situation, für die arbeitende Bevölkerung eintritt. Trotzdem lesen sie noch immer die bürgerlichen Zeitungen. Ungezähle

neue Abonnenten

können und müssen aus diesen sympathisierenden Kreisen gewonnen werden, wenn alle Genossen und Genossinnen in ihren Betrieben und Wohnstätten ihre Pflicht tun

in der Werbeweche

Zum Breslauer Haushaltsetat

(Schluß)

Die Sozialdemokraten, die im Stadtparlament sitzen, treiben in allen Städten arbeiterschädliche Kommunalpolitik. Es gibt aber keine Stadt, in der mit gleicher Strafflosigkeit alle erhöhten Ausgaben auf die städtischen Betriebe und ihre Verbraucher abgewälzt werden, wie in Breslau. Nehmen wir Berlin. Der Haushaltsetat der Stadt Berlin schließt mit einem Defizit von 32 Milliarden ab. Die bürgerlichen Parteien schlugen nach langem Kuhhandel vor, 12 Milliarden auf die Werke durch neue Tarif-erhöhungen und 8 Milliarden durch Erhöhung der Gewerbesteuer auf 10% unter gleichzeitiger Einführung der Lohnsteuer zu schlagen. Die USPD schlug dagegen vor, 14 Milliarden auf die Gewerbesteuer und 6 Milliarden aus den Werken herauszuholen. Sie drohte mit der Ablehnung des Stats. Der Bürgerblock gab nicht nach und man „verständigte“ sich auf 7 Milliarden aus den Werken und 9% Gewerbesteuer. Die Berliner USPD ist, wie hieraus ersichtlich, bei ihrem ursprünglichen Antrag nicht stehengeblieben, sondern wie immer, umgefallen. Jenen bescheidenen Versuch der Berliner USPD, die Masse der Verbraucher vor den unerhörtesten Tarifschraubungen zu bewahren, hat die Breslauer USPD nicht unternommen. Von allen USPD-Fraktionen in den Gemeindeparlamenten betreibt sie die arbeiterschädlichste Politik. Sie verzichtet auf jede Initiative und befindet sich vollkommen im Schlepptau der bürgerlichen Parteien. Die krasse Proterität des Herrn Sars, hinter dem keinerlei Latenz stehen, können an dieser Tatsache absolut nichts ändern. Während die Gewerbetreibenden in Breslau es verstanden haben, sich von den Zahlungen zu drücken, und die gesamte Gewerbesteuer 2½ Milliarde jährlich bringt, hat der Berliner Haushaltsauschuß beschlossen, eine Geldentwertungsklausel zu schaffen, welche die Steuerzahlung der Geldentwertung anpassen soll.

Das liegt daran, daß erstens einmal die Berliner Arbeiter sich mehr um kommunale Angelegenheiten kümmern als die Breslauer und daß die sozialdemokratische Fraktion unter dem Druck der Massen steht und die Kritik unserer im Stadtparlament tätigen Genossen fürchtet.

Breslau hat keine kommunistische Stadtverordnetenfraktion und deshalb wird bei uns die allerhöchste arbeiterschädliche Politik betrieben.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, betonen wir: Auch die in Berlin angenom-

die Steuerbeschränkung der Gemeinden, so müßte sie mit uns Kommunisten im Einzelstaat und im Reich den Kampf um die Arbeiterregierung aufnehmen und dafür sorgen, daß die in ihrer Zusammensetzung längst nicht mehr dem Willen der Arbeiterbevölkerung entsprechend zusammengesetzten Stadtverordnetenversammlungen aufgelöst werden.

Die städtischen Arbeiter

Bei allen Lohnverhandlungen der städtischen Arbeiter und Beamten werfen sich Dr. Seiffel und Dr. Bujatowski in die Brust und erklären, daß die Lohnverhandlungen von der Masse der Verbraucher getragen werden müssen, von dem ein Teil, nämlich die Sozialrentner, weniger verdienen als die städtischen Arbeiter. Besonders der deutschnationale Dr. Bujatowski spielt den Reiter der Heinen Verbraucher. Dank der Taktik der sozialdemokratischen Fraktionen können die bürgerlichen Parteien des Stadtparlaments eine schamlose Demagogik treiben. Sie, die alle Besitzsteuern verdienen haben, werden sich auf der Wiese der Popularität, spielen sich als die Reiter der Heinen Verbraucher auf und treiben gleichzeitig einen Keil hinein zwischen die Arbeiterschaft und jene Kreise des früheren Mittelstandes, die die Einkommen nicht dem Index anpassen können. Sie lügen in ihren Versammlungen den Wählern vor, daß die hohen Löhne der städtischen Arbeiter schuld an den hohen Kosten der Stadttrivität sind.

Der Herr Oberbürgermeister hielt es in der letzten Sitzung der Stadtverordneten ebenfalls für angebracht, die Löhne der städtischen Arbeiter in Verbindung mit den Gaspreisen zu bringen. Er hat die städtischen Arbeiter, zu berücksichtigen, daß der Magistrat, wenn er nicht alle Forderungen der Arbeiter erfüllen kann, an jene Bevölkerungsteile denken müsse, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben und die erhöhten Löhne durch erhöhte Gaspreise usw. aufbringen.

Demgegenüber muß betont werden, daß die städtischen Arbeiter jede Verantwortung für die unerantwortlichen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ablehnen. Nicht sie, sondern Magistrat und Stadtverordnetenversammlung tragen die Schuld an der unerhörten Schröpfung der Verbraucher. Für die städtischen Arbeiter, die ja selbst unter diesen Umständen leiden, liegt hier gar kein Anlaß vor, auf ihre berechtigten Forderungen zu verzichten.

Die Gemeindearbeiter müssen daher Schulden an Schulden mit uns gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit kämpfen.

Aus Breslau Unser neuer Roman

wird am Donnerstag im Abdruck beginnen. In der Kraft der Sprache, in der Farbenpracht der Bilder führt der Leser die Glanzszenen Spaniens. Aber nichts Fremdes wird es sein, was wir unseren Lesern bringen. Obgleich in den Bergen Spaniens Spielend, ist es das Schicksal jedes einzelnen von uns Proletariern, was Concha Espina in „Metall der Erde“ schildert.

So sieht die öffentliche Armenpflege aus!

Ein Proletarier, der selbst eine zahlreiche Familie hat, erhielt folgendes Schreiben zugesandt:

Mit Rücksicht auf die für Ihre Mutter, die landarme Witwe Brigitte Beck in Reiche, notwendig gewordenen Erhöhung der Unter-

stützung auf monatlich 500 Mk. erlauben wir Sie um Mitteilung, welchen höheren Betrag Sie in Zukunft zu leisten gewillt oder ob Sie bereit sind, die vollen 500 Mk. vom 1. Juli d. J. ab an Ihre Mutter zu zahlen, sodass die öffentliche Armenpflege erübrigt wird.

Dieses Schreiben beleuchtet blühartig die sogenannte öffentliche Armenpflege. Einer alten erwerbsunfähigen Frau wird in einer Zeit in der das Pfund Margarine 15 000 Mk. kostet, die Armenunterstützung auf sage und schreibe 500 — Fünfhundert Papiermark — erhöht. Dafür kann sich die Witwe gerade 2 Gemme kaufen.

Ist eine solche Unterstützung nicht grimmige Verhöhnung?

Damit nicht genug, wird noch der amtliche Apparat in Bewegung gesetzt, um die öffentliche Armenpflege zu „entlasten“.

Arbeiter!

Angestellte!

Beamte!

Her aus den Proletarienhöhlen! Donnerstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr im großen Saal des Schiedwerders

Große öffentliche Volks-Versammlung

Thema: „Das Gebot der Stunde.“ Referent: Genossin Minna Reichert-Berlin. Proletarierinnen! Frauen und Mädchen! Euch drückt die wahnsinnige Leterung am härtesten. Her aus den Ständen! Auf zur Versammlung!

Erscheint in Massen!

Die Zeitung der SPD, Ortsgruppe Breslau.

KPD... Arbeiter... Gewerkschaften... Veranstaltungen...

Matthias-Kino... Fern Andra... Praschnes Geheimnis... Das Attentat...

Andere Organisationen... Freie Religionsgemeinde... Arbeitervereine...

Achtung! Bei Frau Genosin Mader werden Rohrfähle billig geachtet...

Oderioy-Lichtspiele... 2 große Kanonen... Sitten-Schauspiel... Das goldene Netz...

Zahle die höchsten Preise für Säcke, Emballagen, Hauslumpen u. Schneiderabfälle... Slabik... Beachtet bei allen Einkäufen immer nur unsere Inferenten!

Gemeinschaft proletarischer Freidenker... Sonntag, den 1. Juli 1923... Bezirks-Konferenz... Tagesordnung...

Wieviel Abonnenten hast Du diese Woche Deiner Zeitung gewonnen?

BOBROWSKY & ZELLNER... Allergrößtes Spezial-Haus für Manufakturwaren, Modewaren, Leinen- und Baumwollwaren am Platze... RING 22 GLEIWITZ RING 22

WOLFF & KÜTNER... GLEIWITZ, NIKOLAISTRASSE 16... Manufaktur- und Modewaren - Herrenkonfektion Herren- und Damenwäsche

Verordnungen d. Gemeinde Dittersbach... Vertrag... Die Angehörigen der beiden Gemeinden werden, soweit nicht nach...

der Vereinigung ab die erweiterte Gemeinde Dittersbach alle Rechte... § 5. Mit dem Zeitpunkt der Vereinigung scheidet die Gemeinde...

Bis zur nächsten gesetzlichen Neuwahl der Gemeindevertretungen... Namens der Landgemeinde Dittersbach... Dinter (L.S.) Roesler...